

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 26 (1946-1947)
Heft: 8

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

das Gebiet auf der gegenüberliegenden Seeseite, das Cap San Martino, an die Eidgenossenschaft übergang. Die Grenzen Campiones gegenüber der Schweiz wurden genau festgelegt und dadurch wurde auch ein alter Grenzstreit mit der schweizerischen Nachbargemeinde Arogno geschlichtet, der seit 1797 die lokalen Gemüter neben allen großen Geschehnissen beschäftigt hatte.

In diesen neuen Grenzen wurde und blieb die kleine Seegemeinde eine Enklave des italienischen Königreichs auf Schweizerboden bis auf den heutigen Tag. Ihre eigenartige völkerrechtliche Stellung und ihre neueste geschichtliche Entwicklung, die nicht so reich an außergewöhnlichen Geschehnissen, aber doch auch nicht ohne Reiz ist, zumal sie eine weitere «Revolution» zu verzeichnen hat, darf einer spätern Betrachtung vorbehalten bleiben.

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Das *Problem Schweiz/Uno* steht im Begriff, einen wichtigen Schritt vorwärts zu tun. Dabei handelt es sich freilich in keiner Weise etwa um die Frage eines Beitritts unseres Landes zu der Organisation der Vereinten Nationen; vielmehr ist dieser entscheidende Punkt im Gesamtproblem einstweilen noch unberücksichtigt geblieben, und er muß es vorläufig weiter bleiben, nachdem die Voraussetzung für eine Entscheidung in dieser Angelegenheit angesichts der unsicheren Entwicklung der neuen Organisation noch nicht besteht. Hingegen will nun ein Briefwechsel zwischen dem Bundesrat und den Organen der Uno über die Frage des europäischen Zweigsitzes der Organisation — in Genf — in Gang kommen, und man kann damit rechnen, daß wohl in absehbarer Zeit diese Frage irgendwie in positivem Sinne entschieden werden wird. Dagegen können wir im Augenblick zu den zweifellos wichtigen einzelnen Punkten der Vereinbarung deswegen nicht Stellung nehmen, weil die Regelung im einzelnen noch nicht bekannt ist; man weiß nur, daß man schweizerischerseits dafür besorgt sein will, die Neutralität — oder, wie man nun in den Verhandlungen nach außen zu sagen pflegt: die Sicherheit — dadurch zu wahren, daß wenigstens die Leitung allfälliger kriegsrischer Operationen von dem Boden unseres Landes aus verhindert werden soll. Im übrigen aber scheinen freilich auch in dieser Frage wieder die Meinungen im Schoße des Bundesrates geteilt — die Vorbehalte wollen mehr oder weniger streng gefaßt werden —, und man hat den Eindruck, daß dort gewisse Meinungsverschiedenheiten auch in Bezug auf die Zweckmäßigkeit der Reise von Bundesrat Petitpierre nach Paris aufgetaucht sind. Alles in allem kann jedenfalls gesagt werden, daß das Schweizervolk heute mit einer gewissen Ungeduld darauf wartet, über diese doch wohl für die Zukunft des Landes sehr wesentlichen Fragen endlich ebenso umfassend wie endgültig unterrichtet zu werden.

Indessen sind die parlamentarischen Beratungen über die *Alters- und Hinterbliebenenversicherung*, soweit der Nationalrat in Frage kommt, abgeschlossen worden, nachdem die Volkskammer nunmehr auch die Finanzierungsvorlage genehmigt hat. Die Vorlage als Ganzes wird nunmehr die ganze Dezembersession hindurch den Ständerat beschäftigen; erst nach dem Abschluß dieser Beratungen kann sich somit ein endgültiges Bild über das Gesamtwerk ergeben. Zweifellos würde die abstimmungspolitische Lage in Bezug auf die Gesamtvorlage als entscheidend erleichtert angesehen werden können, nachdem die Nachlaßsteuer gefallen ist; dafür aber hat andererseits der finanzielle Unterbau der Vorlage an Zuverlässigkeit, zumal auf die Dauer berechnet, bedeutend eingebüßt. Es ist im übrigen aber nach wie vor durchaus fraglich, ob überhaupt eine Volksabstimmung über die Gesamtvorlage stattfinden wird, da anscheinend bis heute niemand geneigt ist, das Referendum zu ergreifen — weil er sich so wohl oder übel das Odium der Gegnerschaft auflüde. Das einmal erwogene Projekt, die großen Parteien möchten von sich aus dem Volke die Möglichkeit des letzten Entscheides in die Hand geben, ist leider wieder fallen gelassen worden. Und doch wird man nach wie vor geneigt sein, die Entscheidung des Volkes in einer derart weittragenden Frage im Grunde für unumgänglich zu halten.

Die Berichtsperiode hat auch auf finanzpolitischem Gebiet zwei wichtige Entscheidungen gebracht. Sie konnten nicht ohne Kritik bleiben. Es handelt sich einmal um die *Ersetzung der Kriegsgewinnsteuer* durch massive *Zuschläge zur Wehrsteuer*; allein diese muß man, was die höchsten Steuerklassen betrifft, leider direkt als konfiskatorische Maßnahme bezeichnen. Sollen dergestalt sozialistische Postulate mehr und mehr auf kaltem Wege verwirklicht werden? Bezeichnend, daß die letzte Anregung vom Landesring ausging; — bezeichnend auch, wie Herr Nobs am Ende sein eigenes Projekt im Stiche ließ. Andererseits hat der Beschluß des Bundesrates über die *Verteilung der Überschüsse der Lohn- und Verdienstaussgleichskasse* vielerorts starke Bedenken geweckt, und es haben bereits mehrere Kantonsregierungen beim Bundesrat dagegen Einsprache erhoben. Auch hier wieder zeigt sich das Bestreben, die Entscheidung des Volkes nach Möglichkeit zu umgehen, während man doch meinen sollte, die Stimmberechtigten hätten auch zu dieser grundlegenden Frage endlich einmal ein Wort zu sagen. Es besteht aber durchaus der Eindruck, als scheue man ihr Urteil. Und dasselbe läßt sich leider nun auch von einem anderen Projekt sagen, das in die Diskussion einzutreten beginnt: es wird nämlich in zuständigen Kreisen im Hinblick auf die kommende *Bundesfinanzreform* bereits von einem neuen Opfer des Vermögens gesprochen, das diesmal als *«Friedensopfer»* bezeichnet werden soll. Und nun hört man, es sei beabsichtigt, auch diesen neuen Eingriff auf dem Vollmachtenwege zu beschließen. Das Volk soll also wieder ausgeschlossen werden. Wir glauben, daß eine solche Politik auf die Dauer von schwerwiegenden Konsequenzen begleitet sein wird. Denn schließlich wird das Volk eben doch stets wieder in dieser oder jener Frage zur Entscheidung aufgerufen, und man könnte sich denken, daß sich dann bei solchen Gelegenheiten eben seine Ausschließung von anderen entscheidenden Angelegenheiten sehr nachteilig auswirken wird. So würde es kaum verwundern, wenn nächstens die Wirtschaftsartikel ein Opfer solcher Politik werden sollten.

Die *Pariser Friedenskonferenz* ist in einer recht pessimistischen Stimmung zu Ende gegangen, und es läßt sich tatsächlich auch nicht bestreiten, daß zahlreiche Fragen ungelöst geblieben sind. Immerhin ist doch in einigen wesentlichen Punkten eine qualifizierte Mehrheit erzielt worden: so in Bezug auf das künftige Regime von

Triest, auf den Rückzug der Besetzungstruppen aus jenem Gebiet und in Bezug auf die Internationalisierung der Donauschifffahrt. Aber diese wesentlichen Entscheidungen sind eben gegen den Willen der Sowjetunion so gefallen. Jedoch mag sie die Tatsache, daß sie mit Zweidrittelmehr gefällt wurden, doch irgendwie, wenigstens formell, als bindend gestalten, nachdem in den langwierigen Prozedurdebatten vor der Außenministerkonferenz und auf der Friedenskonferenz selbst die Zweidrittelmehrheit vom Osten her so stark und so beharrlich in den Vordergrund geschoben worden war. Diese von seiten Rußlands geübte Taktik, und die Hartnäckigkeit, mit welcher dieser Standpunkt vertreten wurde, richten sich nun im Ergebnis durchaus gegen ihre Urheber selbst, und es zeigt sich, daß die Russen offenbar noch nicht das taktische Geschick beispielsweise der Engländer auf dem diplomatischen Felde erworben haben. Denn nun sind sie doch fast gezwungen, diese mit Zweidrittelmehr gefallenen Entscheidungen am Ende irgendwie anzuerkennen.

So hat also die Arbeit in dem Forum der «Babylonischen Sprachenverwirrung», wie der «Landbote» die Konferenz bezeichnete, nicht zu großen Ergebnissen geführt, besonders wenn man von der Überlegung ausgeht, es werde in den entscheidenden Fragen ohne die Übereinstimmung der Großmächte eben nicht gehen. Aber wir bezweifeln, ob es möglich sein wird, diese Übereinstimmung zu erreichen, und glauben nach wie vor, daß sich am Ende eben Kompromisse in der Weise ergeben werden, daß den Russen der Osten, den anderen Mächten aber der Westen überlassen wird. Die Frage wird dann nur noch sein, wo die Grenze ist, und darum geht es in Wahrheit schon heute. Da im übrigen eine kriegsrische Auseinandersetzung zwischen den Großmächten nach dem übereinstimmenden Willen Aller nicht in Frage kommt, wird eine Lösung in dieser Weise gefunden werden müssen. Es hat deshalb auch das Spiel auf den Konferenzen im Grunde keinen großen Zweck, und mit der insbesondere von den Amerikanern propagierten «Demokratisierung» der weltpolitischen Verhandlungen kommt man nicht weiter, da sich ergeben hat, daß dabei doch das meiste einfach zum Fenster hinaus gesprochen wird. Auch scheint uns damit praktisch gar nichts erreicht zu sein, wenn in irgend einer entscheidenden Frage durch eine Ansammlung einer Anzahl kleiner Mächte um wenige Großstaaten eine Mehrheit über den Block der Sowjetunion erzielt und davon in der Presse noch viel Aufhebens gemacht wird und man sich hier und dort sichtbar die Hände reibt: dadurch wird höchstens die Stimmung verschlechtert, aber im Sinne eines Kompromisses nichts oder wenig erreicht. Es ist deshalb von verschiedenen Seiten — wohl mit Recht — empfohlen worden, man möge lieber wieder zu den alten Methoden der Geheimdiplomatie zurückkehren, nachdem die Erfahrungen mit der «amerikanischen» Methode offensichtlich nicht zu positiven Ergebnissen führen wollen.

Auch bei diesem Anlaß zeigt sich eben wieder die mangelnde Erfahrung der Amerikaner auf dem weltpolitischen und diplomatischen Felde. Und heute ist es bereits so weit, daß die *Vereinigten Staaten* ganz allein vor aller Öffentlichkeit die Gegensätze mit der Sowjetunion geräuschvoll austragen, während es den *Engländern* gelungen ist, sich unterdessen eher in den Hintergrund zu schieben. So lassen sie also gleichsam bereits die Amerikaner für sich kämpfen, leiten aber im Grunde die Gesamtpolitik des Westens vom zweiten Rang aus. In der *Palästinafrage* beispielsweise ist es ihnen schon weitgehend gelungen, den Amerikanern die Verantwortung zuzuschieben; jedenfalls hat sich die britische Position hier sichtbar verbessert, seitdem Truman durch seine zweifellos ungeschickte Erklärung zu Gunsten der jüdischen Ansprüche die Araber auf den Plan rief. Inzwischen sind aber die

anglo-ägyptischen Verhandlungen festgefahren, und auch der Londoner Besuch des ägyptischen Ministerpräsidenten hat sie nicht mehr in Fluß bringen können. Bereits spricht man denn auch davon, daß die britischen Truppen die Zone des Suezkanals nicht verlassen werden. Was *Griechenland* und *Persien* betrifft, so ist nach wie vor ein stilles, aber erbittertes Ringen im Gange.

Von großer Bedeutung in allgemeiner Beziehung sind zweifellos die Ergebnisse der jüngsten *Wahlen* in den verschiedenen westlichen Zonen *Deutschlands*, in der russischen Zone, — und zumal in *Berlin*. Während in den westlichen Zonen die Christlichdemokraten oder Christlichsozialen entweder als stärkste Partei auftreten oder, wie in der französischen Zone, sogar die absolute Mehrheit erreichen, haben sich die Hoffnungen der russischen Politik auf die «Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (S.E.D.)» nicht erfüllt. Trotz verschiedenem Druck und allen möglichen Behinderungen der anderen Parteien ist der Erfolg der Einheitspartei in der *russischen Zone* verhältnismäßig bescheiden geblieben, während die Partei in Berlin eine eigentliche Niederlage erlitten hat. Der ehemalige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Wilhelm Dittmann hat im «Volksrecht» mitgeteilt, daß die kommunistischen Stimmen (denn das sind im wesentlichen die Stimmen der Einheitspartei) in Groß-Berlin im Vergleich zu den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 von 720 000 auf 407 000 gefallen sind, während die sozialdemokratischen Stimmen von 650 000 auf 1 000 000 stiegen. Das sind nun immerhin sehr deutliche Anzeichen. Und würdigt man nun das Gesamtbild aller dieser Wahlen, so ergibt sich, daß jene vielgehörte Prognose, Deutschland würde unter dem Besetzungsregime dem Kommunismus verfallen, sich bis heute jedenfalls als völlig falsch erwiesen hat.

Es ist möglich, daß unter solchen Perspektiven die *Idee eines Westblocks* allmählich doch Gestalt annehmen könnte. Churchill hat ja bereits in seiner Rede in Zürich in diesem Zusammenhang Deutschland genannt. Der andere Partner, den er in diesem Zusammenhang nannte — *Frankreich* —, könnte unter Umständen in naher Zukunft am Ende vielleicht doch für die Idee gewonnen werden, wenn die Wahlen vom 10. November die Kommunisten nicht wieder vorwärts bringen, was einstweilen kaum anzunehmen ist. Und sollte mit einer Präsidentschaft de Gaulles wirklich ernst gemacht werden, so könnte dies unter Umständen der betreffenden Entwicklung förderlich sein. Churchill hat übrigens seinen Gedanken auf dem Parteitag der englischen Konservativen wiederholt, und *Marschall Smuts* sekundierte ihn — wie stets — in seiner Rede vor dem holländischen Parlament, während eben erst auch *Eden* in einer Ansprache in Belgien dieselben Ideen vertreten hat. Wir glauben, man würde im ganzen Westen diesen Gedanken begrüßen und gerne aufnehmen, in der Annahme allerdings, daß es sich um eine *klare Verteidigungsposition* der westlichen Kultur und des westlichen Gesamtgebietes, mit Einschluß Amerikas, gegen das Vordringen des Ostens handeln würde — und um nichts anderes —, also etwa im Sinne eines Blocks des «Bis hierher und nicht weiter». Das würde an sich gute Beziehungen zu dem Block des Ostens, gerade auch im wirtschaftlichen Bereiche, keineswegs ausschließen, und in dieser Gesamtrichtung läuft wohl der Grundgedanke, welcher die Urheber der Idee bewegt. Denn, wie erwähnt, einen neuen Krieg will niemand, — und die Kreuzritter gehören entschieden einer vergangenen Zeit an.

Zürich, den 25. Oktober 1946.

Jann v. Sprecher.

Italien vor dem Friedensvertrag

Es ist kein leichtes Unterfangen, über Italien objektiv zu schreiben. Erstens einmal sind die regionalen Verhältnisse so grundverschieden, daß jedes Urteil grundsätzlich nur bedingt richtig ist, und zweitens liegt so viel Negatives offen zu Tage, daß man oft Mühe hat, das bescheiden sich im Hintergrunde haltende, still heranreifende Positive zu bemerken und richtig zu würdigen.

Wir glauben, die Berichterstattung über Italien wäre oft objektiver, wenn die Reporter ihr Standquartier häufiger in der Toskana hätten, die von den beiden Gravitationszentren unseres südlichen Nachbarn, dem *politischen* in Rom, und dem *wirtschaftlichen* in Mailand, gerade so weit entfernt ist, daß dort die Ereignisse sachlicher beurteilt werden können, zumal das allen Extremen abholde toskanische Milieu mit seiner angeborenen Neigung zu Skepsis, ja Spottlust, Mücken selten zu Elefanten werden läßt.

Politisch ist die Lage Italiens bestimmt nicht erfreulich, aber sie ist durchaus nicht katastrophal. Bei weitem nicht so schlimm, wie man aus der für das In- und Ausland bestimmten römischen Berichterstattung fast zu schließen gezwungen ist. Eines ist jedoch sicher: die Republik hat einen schweren Stand. Die mannigfachen Nachkriegsprobleme und vor allem der harte Friedensvertrag, der für die meisten Italiener eine bittere Enttäuschung nach den 18 Monaten Kobelligerenz bedeutet, lastet schwer auf unserm Nachbarn. Neben viel kühl und gerecht urteilenden Leuten, die genau wissen, daß die Regierung De Gasperi bestimmt ihr Bestes versucht und das Bestmögliche aus der schwierigen Situation herausgeholt hat, fehlt es nicht an vielen böswilligen Kritikern, die ihr offen und versteckt die Schuld an allen unvermeidlichen Übeln in die Schuhe schieben. Daß diese Angriffe zum Teil aus den Reihen der die Regierung bildenden Koalitionsparteien selber stammen, macht die Kritik nicht erbaulicher.

Eine seit dem Zerfall des römischen Reiches nie verschwundene Dominante des italienischen politischen Lebens, das *Fehlen einer nationalen Kohäsionskraft* (das der Faschismus zwanzig Jahre lang mit eisernem Griffe vergeblich zu erzwingen trachtete), tritt gegenwärtig wieder besonders deutlich zu Tage. Uppig schießen Egoismus, Klassengeist, Partikularismus, Campanilismus, ja in vielen Fällen auch krasse Disziplinlosigkeit und völlige Verständnislosigkeit für die Forderungen der Allgemeinheit ins Kraut. Als Reaktion auf den langen Gewissensterror ist diese bedenkliche Geisteshaltung nur allzu verständlich, aber aus frondierenden Individuen und Gruppen läßt sich kein demokratischer Staat von Bestand aufbauen. Die *Democrazia Cristiana*, die zahlenmäßig weitaus stärkste Partei, ist nicht geschlossen genug, um als Mehrheitspartei nach völlig eigenen Richtlinien regieren zu können. Ihre Zusammensetzung reicht so weit nach rechts (süditalienische Latifundienbesitzer und konservativer Klerus) und nach links (Christlichsoziale), daß beständige innere Spannungen ihre Bewegungsfreiheit und Durchschlagskraft hemmen. Gleicherweise ist auch die *sozialistische Partei* von inneren Rissen bedroht, gibt es doch auch dort einen ausgeprägten Rechts- und Linksflügel. Die *Kommunisten* als die dritten im Bunde der großen Massenparteien, die anläßlich der Juniwahlen besonders in Norditalien bedeutend schlechter abgeschnitten haben als das verängstigte Bürgertum erwartet hatte, sind gegenwärtig wieder besonders aktiv, gilt es doch, die Gunst jener Volkskreise zurückzuerobern, die ihnen die sowjetrussische und vor allem die jugoslawische Politik anläßlich der Friedensvertragsverhandlungen in Paris (Triestiner Problem, übertriebene Reparationsforderungen) gründlich abspenstig gemacht hatte. Nicht minder aktiv sind *Qualunquisten*, *Demokraten* und *Liberale* auf dem rechten Flügel, die demnächst Hochzeit zu feiern gedenken. Wir halten es aber, wenigstens für absehbare Zeit, für ausgeschlossen, daß sich daraus eine rechtsradikale Bewegung wie seinerzeit der kombattante Faschismus entwickeln kann. Ebenso ausgeschlossen wie eine Diktatur des Proletariates, trotz allem Propagandalärm, und

trotz Streiks, Ausschreitungen am laufenden Band, wovon die Zeitungen ja täglich mit reicher Auswahl aufwarten.

Freilich wird *die italienische Republik* aller Voraussicht nach kein Musterstaat im schweizerischen Sinne werden, aber wenn nicht ganz unvorhergesehene Umstände eintreten, wird sie durchaus lebensfähig bleiben. Gewiß fehlt es nicht an unentwegten Royalisten, aber wenn heute ein neues Plebiszit durchgeführt würde, so würde Umberto kaum mehr Stimmen auf sich vereinigen als vor einem Vierteljahr, denn erstens hat der damals verängstigte Mittelstand gesehen, daß er auch in der Republik ruhig weiterleben kann, und zweitens hat das Nicht-Weichenwollen des Königs nach dem eindeutigen Juniresultat ihm selbst in ehemals royalistisch eingestellten Kreisen viele Sympathien verschert.

Höchstgespannte nationale Disziplin und Solidarität mögen in Zeiten des Notstandes die *conditio sine qua non* der Staatsexistenz sein. In normalen Zeiten aber (denen wir uns doch trotz allen Rückschlägen zu nähern scheinen) kommen auch Staaten mit weit weniger Zentripetalkraft durch. Wurstelte nicht Österreich im letzten Jahrhundert durch jahrzehntelange Krisen, vom Balkan ganz zu schweigen? Hielt und hält sich Frankreich, das in diesem Punkte seiner lateinischen Schwester so sehr ähnelt, trotz beständigen Schwierigkeiten und weitgehender Uneinigkeit nicht über Wasser? In einer *liberalen* Ära, wie sie das junge italienische Königreich von 1860 bis 1915 schon mit Erfolg erlebt hat, wird Italien auch als Republik trotz dem beständigen politischen Tauziehen ein gewichtiges Wort mitzureden haben, wenn es einmal seine volle nationale Souveränität zurückerhalten und die mannigfachen Nachkriegsprobleme auf politischem, sozialem und ökonomischem Gebiete gelöst haben wird. Daß Italien sie lösen wird, dessen sind wir gewiß. Dafür spricht mehr als ein Indizium. Wer allerdings nur die unerfreulichen Nachrichten kennt, wird sich dieser Ansicht nicht so leicht anschließen können, die wir allerdings mit einem Vorbehalt vorbringen: eine *politische* Rekonvaleszenz Italiens hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn die *Wirtschaftslage* sich durchgreifend bessert.

Nun sind glücklicherweise auf diesem Gebiete die Aussichten günstiger als im allgemeinen im Auslande bekannt ist. Wohl sind die *Staats- und Gemeindefinanzen* ganz entschieden in einer sehr schlechten Verfassung. Der Gouverneur der Banca d'Italia schätzte kürzlich das Ausgabenbudget für das laufende Fiskaljahr auf 700 Milliarden Lire, dem nur ungefähr 250 Milliarden Lire an Einkünften gegenüberstehen. Dazu kommen nun noch die Reparationen von 325 Millionen Dollar und andere finanzielle Belastungen aus dem Friedensvertrag. Auch die Handelsbilanz ist bei weitem nicht ausgeglichen: einer Einfuhr von 37 Milliarden Lire im 1. Semester 1946 standen bloß 19 Milliarden Lire auf der Ausfuhrseite gegenüber. Noch auf Jahre hinaus dürfte sich dieses Mißverhältnis kaum ändern.

Trotz alledem sehen wir die italienische Wirtschaftslage nicht als verzweifelt an. Die unbestreitbare Tatsache, daß Italien heute wieder intensiv arbeitet, sofern ihm genügend Rohmaterialien und Kohle zur Verfügung stehen, wird von allen auch nur flüchtig beobachtenden Italienreisenden bestätigt. Nach offizieller Schätzung hat die *Produktion* heute wieder 60—70 % *des Vorkriegsniveaus* erreicht. Dabei ist es ein offenes Geheimnis, daß einzelne Branchen, so vor allem die Textilbranche Norditaliens, bereits wieder auf Hochtouren laufen. Aber auch in Mittel- und Kleinbetrieben herrscht vielerorts Vollbetrieb. Wer Gelegenheit hatte, die *Mailänder Mustermesse* im vergangenen Monat zu besuchen, war nicht nur von der Fülle der ausgestellten Waren, sondern vor allem auch vom intensivsten Arbeitswillen überrascht, der aus der ganzen Ausstellung eindeutig hervorging. Die ausgesprochene Exporttätigkeit hat übrigens bereits eine fühlbare Warenverknappung am Inlandmarkt erzeugt, die neben andern Gründen zu einer neuen Hamsterwelle mit allgemeinen Preisaufschlägen geführt hat.

Die vor ungefähr zwei Monaten zu Tage getretene neue inflatorische Tendenz wurde durch das Bekanntwerden einer weitem Erhöhung des Banknotenumlaufes um

ca. 37 Milliarden Lire, sowie durch das Ausscheiden des Tresorministers Corbino aus der Regierung noch erhöht, da dieser keiner Partei angehörende Finanzsachverständige eine auf gesunden Prinzipien fußende Geldpolitik zu führen versucht hatte. Die Ungewißheit über die Italien aus dem Friedensvertrag erwachsenden finanziellen Verpflichtungen tat ein übriges zum allgemeinen Vertrauensschwund, der u. a. den Schweizerfranken von 90 auf 170 Lire hinaufschnellen ließ. Dabei kann man sich des Eindruckes übrigens nicht ganz erwehren, daß diese Panikwelle der Regierung anlässlich der Pariser Verhandlungen zum mindesten gar nicht so ungelegen kam.

Nachdem nun aber der Vertrag in seinen großen Umrissen vorliegt und größere Überraschungen kaum mehr zu erwarten sind, hat die Regierung dieser Tage prompt eine Reihe hochwichtiger Entschlüsse gefaßt, die ihre gute Wirkung kaum verfehlen dürften. Am 15. November wird die schon lange angekündigte große Wiederaufbauanleihe zu $3\frac{1}{2}\%$, zu einem für Italien sehr niedrigen Zinssatz, lanciert werden, deren Erfolg wegen des entgegen frühern Beschlüssen dekretierten Banknotenumtausches und der allgemeinen Steuerfreiheit, die auch für die ebenfalls beschlossene Vermögensabgabe gilt, zum vornherein gesichert sein dürfte. Auf diese Eigenhilfe Italiens hin wird nun wahrscheinlich auch die Außenwelt, vor allem die U.S.A., zur Kreditgewährung bereit sein. Die günstige Aussicht auf ausländische Finanzhilfe dürfte bestimmt auch den Abschluß des soeben veröffentlichten nationalen Burgfriedenabkommens für sechs Monate zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern erleichtert haben, womit ein seit vielen Monaten den Arbeitsfrieden bedrohender Zustand eine befriedigende Lösung gefunden hat. Wohl dürfte es da und dort auch in der Zukunft noch zu wilden Streiks und unprogrammierten Aktionen kommen (wie die kürzlichen Römer Unruhen), aber man darf diesen aus Heißblütigkeit entstandenen episodenhaften Vorkommnissen im Auslande kein größeres Gewicht beimessen als man es in Italien selbst tut.

Was aber außer diesen erfreulichen *offiziellen* Berichten der jüngsten Vergangenheit unsern Optimismus durchaus bestätigt, ist der auf Reisen in verschiedenen Landesgegenden gewonnene Eindruck eines kräftigen Wiederaufbauwillens und zupackenden Unternehmungsgeistes. Ganz beträchtliche Fortschritte wurden im vergangenen Sommer auch in der *Wiederinstandstellung des Eisenbahnen- und Straßennetzes* erzielt. Hier ist das Rekonstruktionswerk von Zehntausenden von Arbeitern am deutlichsten sichtbar.

Vergessen wir dabei eines nicht: Italien wird nicht von oben herab, durch allumfassende Mehrjahrespläne wie anderorts saniert, sondern durch die unermüdliche Kleinarbeit des Einzelnen in seiner engen Sphäre. Und weil man davon wenig hört und sieht, neigt man besonders im Auslande gerne zur unrichtigen Ansicht, Italien vermöge sich nicht aus dem Marasmus herauszuziehen. Wer mitten im italienischen Leben steht, gewinnt täglich mehr den Eindruck, daß es aufwärts geht, entwickelt das Land doch gegenwärtig fast eine Überfülle einander oft überschneidender und konkurrenzierender Privatinitiativen in Industrie, Handel, Verkehr, Ausstellungen mannigfachster Art etc. Wir möchten aus diesem Grunde sogar die Prophezeiung wagen, daß diese einer allgemeinen Verbesserung der Lage zustrebende Entwicklung in den kommenden Monaten einen ruckartigen Aufschwung nehmen wird, sofern sie nicht durch neue internationale Störungen abgebremst werden sollte. Italien würde damit einen wichtigen Beitrag an die gesamteuropäische Sanierung leisten.

Florenz, Mitte Oktober 1946.

Peregrinus.